

Deutsche Zivilbeschäftigte bei den Stationierungstreitkräften wollten mit einem Streik eine Lohnerhöhung von 8 Prozent durchsetzen – Wie lange müssen sie ihr Geld noch durch Zuarbeit für völkerrechts- und verfassungswidrige Angriffskriege verdienen?

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 083/09 – 10.04.09**

Deutsche Zivilbeschäftigte streiken, fordern 8 Prozent Lohnerhöhung

Von Seth Robson und Marcus Klöckner

STARS AND STRIPES, 07.04.09

(<http://www.stripes.com/article.asp?section=104&article=61867>)

GRAFENWÖHR, Deutschland – Tausende einheimischer Zivilbeschäftigter, die bei der US-Armee und anderen ausländischen Streitkräften in Deutschland arbeiten, sind im Streik und fordern eine Lohnerhöhung von 8 Prozent.

Wolfgang Brunner, ein Gewerkschaftsvertreter, der die Verhandlungen für die Streikenden führt, sagte, am Montag hätten 3.000 bis 4.000 Zivilbeschäftigte die Arbeit niedergelegt und am Dienstag werde mit 4.000 gerechnet.

Bruce Anderson, der Sprecher der US-Army in Europa, sagte am Montag, in US-Einrichtungen in Deutschland arbeiteten mehr als 17.000 Einheimische ("local nationals" im US-Militärjargon).

Die einheimischen Zivilbeschäftigten tun alles, vom Benzinzapfen an Tankstellen auf den Militärbasen bis zur Erledigung der Schreibarbeiten bei der Ein- oder Ausfuhr von Wohnungseinrichtungen des US-Personals.

"Wer und wie viele streiken werden, ist uns nicht bekannt. Es bleibt abzuwarten, ob der Streik überhaupt Auswirkungen hat. Verlassen Sie sich darauf, dass wir alles tun werden, um mögliche Beeinträchtigungen durch den Streik so gering wie möglich zu halten" sagte Anderson.

Maj. (Major) Cristin Marposon, eine Sprecherin der US-Air Force in Europa, teilte mit, wegen des Streiks am Montag habe es auf den Flugplätzen in Spangdahlem oder Ramstein keine nennenswerten Unterbrechungen im Betriebsablauf oder bei den Serviceleistungen gegeben. Über Proteste vor den Toren der Flugplätze sei nichts berichtet worden, sagte Maj. Cristin Marposon.

Brunner sagte, von den Streiks am Dienstag seien US-Einrichtungen in Bamberg, Grafenwöhr, Vilseck, Schweinfurt, Ansbach, Katterbach und Illesheim betroffen. Die Zivilbeschäftigten wollten auch in Mannheim, Stuttgart und in (britischen Basen) in Nordrhein-Westfalen streiken. Die Streikenden würden Streikposten vor allen Basen aufstellen.

"Der Einfluss auf die Stuttgarter Garnison wird minimal sein. Wir werden den Streik zwar spüren, er wird uns aber nicht so stark beeinträchtigen, dass wir irgendeine Dienststelle schließen müssen," sagte Larry Reilly, der Sprecher der US-Army-Garnison / USAG Stuttgart.

Offizielle der US-Army-Garnison Wiesbaden gingen davon aus, dass die örtliche Gewerkschaftsorganisation die Zivilbeschäftigten zu einem Streik am Dienstag aufrufen werde, sagte Anemone Ruger, die Sprecherin der USAG Wiesbaden, am Montag.

Eine Versammlung der Streikenden werde außerhalb der US-Einrichtungen in der Wiesbadener Innenstadt durchgeführt.

Es seien keine großen Störungen bei den von der Garnison zur Verfügung gestellten Dienstleistungen zu erwarten, äußerte Frau Ruger. Nur einige unwesentliche Arbeitsaufträge könnten sich um einen Tag verzögern. Ebenso könnte es Verzögerungen oder Terminverschiebungen bei der Auslieferung von Haushaltswaren und der Ausgabe von Ausrüstungsgegenständen im Zentrallager geben. Betroffene Soldaten würden dann direkt informiert, sagte sie.

Nicht nur US-Basen seien betroffen, teilte Brunner mit. Insgesamt arbeiteten 23.000 bis 24.000 einheimische Zivilbeschäftigte für die Stationierungstreitkräfte in Deutschland – einschließlich der französischen und britischen Truppen.

Karl Heinz Winter, ein Gewerkschaftsvertreter für die deutschen Arbeiter auf dem zur USAG Grafenwöhr gehörenden größten Truppenübungsplatz in Europa, sagte am Montag, die Streikenden forderten eine 8-prozentige Lohnerhöhung, um eine drastische Erhöhung der Lebenshaltungskosten in Deutschland zu kompensieren.

"Benzin, Milch, Brot ... alles ist sehr teuer geworden, ganz zu schweigen von den Kosten für die Krankenversicherung."

Im letzten Jahr hätten die Zivilbeschäftigten eine Lohnerhöhung von 3,6 Prozent erhalten, sagte er und fügte hinzu, das US-Militär beschäftige einheimische Arbeiter auf der Basis von 12-monatigen Verträgen, die jedes Jahr neu ausgehandelt würden.

Die Vereinigten Staaten hätten nur eine Lohnerhöhung von 1,9 Prozent angeboten, er sei aber davon überzeugt war, dass die Arbeiter ihr Ziel (von 8 Prozent) erreichen würden.

"Ich denke, die Chancen sind gut, weil die Arbeiter entschlossen sind, die geforderte Lohnerhöhung durchzusetzen. Gestern haben wir wegen der Urlaubszeit mit nur etwa 50 Streikenden gerechnet, dann sind es aber dreimal so viele geworden. Am morgigen Dienstag erwarten wir in Grafenwöhr mindestens 300 Streikteilnehmer," sagte er.

Der Streik werde am Dienstag um 4 Uhr nachts beginnen – oder wann immer ein Beschäftigter normalerweise zur Arbeit käme – und den ganzen Tag andauern.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Anmerkungen in Klammern und Hervorhebungen im Text versehen.)

Unser Kommentar

Die an zwei Tagen durchgeführten Warnstreiks der einheimischen Zivilbeschäftigten haben die Betriebsabläufe in den bestreikten US-Einrichtungen nicht oder nur geringfügig beeinträchtigt. Das erklärt sich vor allem aus der seit Jahren von den US-Militärs verfolgten Praxis, wichtige Positionen nur noch mit US-Zivilisten zu besetzen, die als Angestellte des US-Verteidigungsministeriums kein Streikrecht haben.

Deutsche und hier lebende ausländische Bedienstete der US-Streitkräfte verrichten – bis auf wenige Ausnahmen – nur noch untergeordnete Hilfsarbeiten, die keine besondere Qualifikation verlangen und entsprechend schlecht bezahlt werden.

Thomas Warth, der beim Landesverband Rheinland-Pfalz der Gewerkschaft VERDI als Fachgruppenleiter für die einheimischen Zivilbeschäftigten der Stationierungsstreitkräfte zuständig ist, teilte auf einer Protestversammlung in Ramstein mit, "seit 1990 seien deutschlandweit 70.000 Stellen bei den Streitkräften abgebaut worden und der Abbau schreite fort" (RHEINPFALZ, 07.04.09). Auch wir haben uns schon wiederholt mit diesem Problem befasst (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_05/LP00405_010305.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP08108_090508.pdf) und sind der Meinung , dass den unterbezahlten, ständig von Entlassung bedrohten Zivilbeschäftigten der US-Streitkräfte nur mir alternativen, zukunftssicheren Arbeitsplätzen in der einheimischen Wirtschaft zu helfen ist.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren im Jahr 2008 im Dienstleistungssektor der Bundesrepublik insgesamt 29,27 Millionen Personen beschäftigt. Der Anteil der angeblich noch maximal 24.000 Zivilbeschäftigten der Stationierungsstreitkräfte beträgt – bezogen auf diese Gesamtzahl – also nur 0,08 Prozent (s. <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Arbeitsmarkt/content75/Eckwertetabelle.templateId=renderPrint.psm1>).

In Rheinland-Pfalz sollen nach VERDI-Angaben noch ca. 8.300 Personen bei den US-Streitkräften beschäftigt sein. Da im Dienstleistungsbereich des Landes 1,31 Millionen Menschen tätig sind, entfällt auf die Zivilbeschäftigten der US-Streitkräfte nur ein Anteil von 0,6 Prozent (s. <http://www.statistik.rlp.de/erw/presse/pm08189.html>).

In der gegenwärtigen, von den USA verursachten Finanz- und Wirtschaftskrise sind Arbeitsplätze zwar schwer zu ersetzen, aber das Problem mit den schlecht bezahlten und ständig weniger werdenden Beschäftigungsverhältnissen bei den Stationierungsstreitkräften gibt es ja schon seit Jahren. Bisher haben Bundes- und Landesregierungen – und leider auch die Gewerkschaft VERDI – die US-Streitkräfte in der Bundesrepublik immer als unverzichtbaren Arbeitgeber gepriesen und nichts getan, um den Zivilbeschäftigten Alternativen zu bieten.

Dabei hat sich gerade in Rheinland-Pfalz erwiesen, dass durch Konversion militärischer Anlagen schon nach einer kurzen Übergangszeit bedeutend mehr und viel qualifiziertere Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. Selbst die Landesregierung lobt sich doch ständig für die wirtschaftlichen Erfolge, die im ehemals von den französischen Armee genutzten PRE-Park in Kaiserslautern und auf den aufgegebenen US-Flugplätzen Bitburg, Hahn und Zweibrücken zu verzeichnen sind.

Wir hätten den unterbezahlten Zivilbeschäftigten der US-Streitkräfte eine Lohnerhöhung von 8 Prozent gegönnt, es sind aber nur magere 2,9 Prozent geworden. Gleichzeitig sind wir der Meinung, dass Zuarbeit für völkerrechts und verfassungswidrige Angriffskriege auch durch bessere Bezahlung nicht erstrebenswerter wird. Wir können uns nicht vorstellen, dass die bei den US-amerikanischen und britischen Streitkräften Arbeitenden ihre Beihilfe zu deren Kriegsverbrechen ganz ohne Gewissensbisse leisten. Den vergleichsweise Wenigen, die sich immer noch an die ausländischen Militärs verkaufen müssen, könnte man – wenn man das wirklich wollte – auch heute noch zukunftssichere, dem Frieden dienende Alternativen bieten.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern